

Informationen zum Datenschutz in der Energieberatung der Verbraucherzentrale

Die Energieberatung der Verbraucherzentrale ist eine anbieterunabhängige Beratung für private Haushalte zu allen Fragen rund um den Energieverbrauch, zum Beispiel: Erneuerbare Energien, Baulicher Wärmeschutz, Haustechnik, Heizung oder Strom. Dank der Förderung durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (Fördermittelgeber) bezahlen Sie für die Beratung maximal 40,00 Euro, wenn die Beratung bei Ihnen zu Hause stattfindet; in allen anderen Fällen ist die Beratung für Sie kostenfrei.

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist der Verbraucherzentrale Bundesverband e. V., Rudi-Dutschke-Straße 17, 10969 Berlin. Unseren Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter der E-Mail-Adresse: datenschutz@vz-energie.de; Telefonnummer: +49 30 25800-150.



Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten zu folgenden Zwecken:

- um die beauftragte Beratung durchzuführen;
- zu Nachweiszwecken gegenüber dem Fördermittelgeber und den Aufsichtsbehörden (Bundesrechnungshof), dass wir Sie beraten haben;
- um die Qualität und den Erfolg der Energieberatung gegenüber dem Fördermittelgeber nachzuweisen (dazu werden wir Sie direkt im Anschluss an die Beratung sowie gegebenenfalls zu späterer Zeit per E-Mail befragen).

Dafür verarbeiten wir folgende Datenkategorien von Ihnen:

- Adressdaten (z.B. Ihr Name und Ihre Anschrift)
- Kommunikationsdaten (z.B. Ihre Telefonnummer(n) und Ihre E-Mail-Adresse)
- Ihre Wohnsituation (z.B. Miete / Eigentum)
- Die besprochenen Beratungsthemen und aufgenommene Gebäudedaten

Die Verarbeitung Ihrer Daten erfolgt auf folgenden Rechtsgrundlagen:

- Zur Durchführung des Beratungsvertrages (Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO)
- Zum Nachweis der Beratung gegenüber dem Fördermittelgeber und den Aufsichtsbehörden (Art. 6 Abs. 1 lit. c)).

Wir speichern Ihre Daten gemäß den geltenden gesetzlichen Aufbewahrungsfristen gem. § 257 HGB. Eine Datenweitergabe an Dritte erfolgt nur an den Fördermittelgeber zu Nachweiszwecken. Im Falle der Übernahme des Beratungsentgelts durch eine dritte Institution werden als Nachweise zur Abrechnung der Name der oder des Ratsuchenden, der Ort des Beratungsobjekts und das Beratungsformat an diese Institution weitergegeben.

Die Bereitstellung Ihrer Daten ist erforderlich, um den Beratungsvertrag zu erfüllen.

Sie haben bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen ein Recht auf Auskunft, ein Recht auf Berichtigung unrichtiger Daten, ein Recht auf Löschung Ihrer Daten oder – wenn Aufbewahrungsfristen einer Löschung entgegenstehen – ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung. Ferner haben Sie unter den Voraussetzungen des Art. 20 DSGVO ein Recht auf Datenübertragbarkeit. Sollten Sie der Meinung sein, dass die Datenverarbeitung nicht rechtmäßig erfolgt, haben Sie das Recht sich bei einer Aufsichtsbehörde für den Datenschutz zu beschweren. Die zuständige Aufsichtsbehörde ist die Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, www.datenschutz-berlin.de/.

Bei allen Fragen können Sie sich gerne an uns wenden.

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages